

GROSSER RAT

Junisession 2023

Fraktionsauftrag SVP betreffend Mindestabstand von Windrädern (Erstunterzeichner Grass)

Der kantonale Richtplan Energie, zu dem noch die Vernehmlassung läuft, sieht im Kanton Graubünden 25 Windparks in Windenergiezonen vor. Verschont von Windparks bleibt einzig das Oberengadin.

Die Windparks sind wegen ihrer Erschliessung mit Strassen und Stromnetzen bewusst nahe am Siedlungsgebiet geplant und haben deshalb negative Auswirkungen auf den Lebensraum der Bündner Bevölkerung.

Die touristisch stark genutzten Regionen werden massiv beeinträchtigt. Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für diesen im Kanton äusserst bedeutenden Wirtschaftszweig lassen sich nicht einmal erahnen. Statt mit freien Alpenlandschaften würde sich das Bündnerland künftig als verschandelte Gegend präsentieren.

Mit dem Richtplanverfahren werden die Mitspracherechte der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger ausgehebelt. Da solche gigantische Windkraftanlagen Gefahren und Beeinträchtigungen für alle Bewohnerinnen und Bewohner in der Nähe bilden (z. B. Feuer, Eiswurf, Infraschall, Beschattung, Lichtverschmutzung, Verkehr) soll rasch ein erweiterter Mindestabstand eingeführt werden. Ausserhalb des Kantons Graubünden sind zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner bereits gewisse Abstandsregelungen vorhanden. So gilt in Deutschland ein genereller Mindestabstand von 1000m, im Kanton Baselland wird im Richtplan ein Mindestabstand von 700m vorgesehen und die Gemeinde Hagenbuch ZH hat soeben an der Gemeindeversammlung einen Mindestabstand von 1000m beschlossen. Das Bundesgericht hat die Rechtmässigkeit solcher Vorschriften bestätigt (1C_149/2021, Urteil vom 25 August 2022).

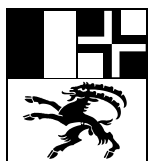
Für den Schutz der Natur gibt es bereits strenge Vorschriften (Fledermäuse, Vögel, Bäume, Wildtiere etc.) jedoch spielt der Schutz des Menschen bei der Planung von Windkraftanlagen offenbar kaum eine Rolle. Die Lärmschutzverordnung stammt aus dem Jahr 1986 und die Normen zur Beurteilung von Windkraftanlagen beziehen sich auf maximal 30m hohe Windturbinen. Heute werden in der Schweiz jedoch Windturbinen mit 150m Höhe und in Deutschland bereits mit 250m Höhe gebaut. Es ist daher mehr als nur angebracht, dass auch der Kanton Graubünden moderne Abstandsregelungen einführt.

Die Unterzeichnenden fordern die Regierung auf:

Bei der Planung und dem Bau von Windenergieanlagen (Nabenhöhe ab 30m) ist ein Mindestabstand zwischen einer zeitweisen oder dauerhaft genutzten Liegenschaft von 1000m einzuhalten.

Klosters, 15. Juni 2023

Grass, Hug, Gort, Adank, Bärtsch, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Dürler, Favre Accola, Hefti, Koch, Krättli, Lehner, Metzger, Morf, Rauch, Roffler, Salis, Sgier, Stocker



Sitzung vom

22. August 2023

Mitgeteilt den

29. August 2023

Protokoll Nr.

678/2023

Fraktionsauftrag SVP

betreffend Mindestabstand von Windrädern (Erstunterzeichner Grass)

Antwort der Regierung

Das Richtplanverfahren ist ein Bestandteil der Planung gemäss geltendem Bundesrecht. Rechte von Bürgerinnen oder Bürgern werden damit nicht ausgehebelt. In diesem ersten Planungsschritt werden noch keine allgemeinverbindlichen Nutzungen festgelegt. Dies erfolgt erst auf Stufe der Nutzungsplanung. Hier bestehen Mitwirkungsrechte und umfassender Rechtsschutz. Fehlen potenzielle künftige Nutzungen im Richtplan, können sie im Nutzungsplan nicht vorgesehen werden. Im Richtplan Energie werden nur "geeignete" Standorte für Windenergie bezeichnet. Erst die Gemeinde und letztlich die Stimmbevölkerung legen in den ortsplanerischen Grundlagen fest, auch unter Berücksichtigung von Abständen, ob Anlagen ermöglicht werden sollen. Zudem bedarf es auch noch einer Baubewilligung für die Anlagen.

Auf Bundesebene wurden auch Motionen zu Mindestabständen eingereicht. Eine aus dem Jahr 2017 (curia vista 17.3473) wurde abgelehnt, eine aus dem Jahr 2022 (curia vista 22.4491) ist noch nicht behandelt (der Bundesrat beantragt Ablehnung). Die Regierung hat Verständnis für die Anliegen der Unterzeichnenden zum Schutz der Bevölkerung vor tatsächlichen oder vermuteten schädlichen Auswirkungen von Windenergieanlagen. Auf der anderen Seite stehen die gewichtigen nationalen Interessen einer nichtfossilen Stromproduktion, insbesondere im Winterhalbjahr. Zum Schutz der verschiedenen Anliegen besteht heute schon eine hohe Regelungsdichte, die zu berücksichtigen ist und die dafür sorgt, dass die Abstände von Windenergieanlagen gestützt auf die lokalen Besonderheiten und zu berücksichtigenden Interessen im Einzelfall richtig festgelegt werden.

Den Gemeinden bleibt es im Grundsatz unbenommen, in ihren Ortsplanungen situationsgerechte Vorschriften über Mindestabstände vorzusehen. Eine Beurteilung erfolgte seitens des Bundesgerichts mit Entscheid 1C_149/2021 vom 25. August 2022. Es kam zum Schluss, dass die (kantonale) Genehmigung eines kommunalen Baureglements mit Mindestabständen von 500 Metern (bei Anlagen über 50 Meter Nabenhöhe) zum Schutz der Bevölkerung nicht verweigert werden könne. Eine Verwei-

gerung könne nur erfolgen, wenn sie (angesichts des übergeordneten Rechts) offensichtlich keine Anwendungsmöglichkeit bietet und somit von vornherein dazu bestimmt sei, toter Buchstabe zu bleiben. Das sei vorliegend nicht der Fall, da es möglich sein könnte, dass diese Regel im Rahmen einer konkreten Planung Anwendung finden könne. Die Anwendung dieser Abstandsnorm (zum Schutz der Bevölkerung) sei nicht a priori auszuschliessen; die Norm müsse im Rahmen der umfassenden Interessenabwägung konkret berücksichtigt werden. Das bedeutet letztlich, dass (generelle) kommunale Mindestabstände zwar möglich sind, jedoch nicht in jedem Fall und absolut gelten würden, sondern letztlich im Einzelfall im Rahmen der Gesamtinteressenabwägung (mit)geprüft würden. In einem Fall wären sie bundesrechtskonform, im anderen Fall nicht. Je grösser die Abstandsvorschriften und je gewichtiger die anderen Interessen, umso weniger anwendbar wären sie, und umgekehrt. Kantonale Mindestabstände wären demgegenüber rechtlich (noch) problematischer und zudem weder zielführend noch zweckmässig. Die Planungsträger sind die Gemeinden. Angesichts dessen, dass die Interessensabwägung auch betreffend Abstände massgebend und insbesondere im Rahmen der Nutzungsplanung vorzunehmen ist, nicht aber auf Stufe Kanton bei der Festlegung einer starren Norm erfolgen kann, wäre die Durchsetzbarkeit bzw. Anwendbarkeit einer kantonalen Abstandsvorschrift höchstens nur einzelfallweise gegeben. Sie könnte also im Rahmen der Genehmigung von Ortsplanungen nur angewandt werden, wenn die rechtskonforme Interessensabwägung ergibt, dass diese Abstände minimal einzuhalten wären. Zudem wäre die Bundesrechtskonformität einer starren, absolut geltenden kantonalen Norm fraglich, da sich diese nach anderen Grundsätzen als die (kantonale) Genehmigungsfähigkeit einer kommunalen Norm in der Raumplanung, entsprechend dem hier erwähnten Bundesgerichtsurteil, beurteilt.

Somit sind weitergehende Regelungen in Ergänzung zum geltenden Bundesrecht, wenn diese erwünscht sind, richtigerweise in den kommunalen ortsplanerischen Grundlagen aufzunehmen, wobei die erwähnten Vorbehalte gelten. Regelungen auf kantonaler Stufe wären weder zweckmässig noch zielführend.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Fraktionsauftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da zercladur 2023

Incumbensa da la fracziun da la PPS concernent ina distanza minimala da rodas da vent (emprim sutsegnader Grass)

Il Plan directiv chantunal Energia, ch'è anc en consultaziun, prevesa en il chantun Grischun 25 parcs eroelectrics en zonas d'energia da vent. Schanegiada da parcs eroelectrics resta mo l'Engiadina'Ota.

Pervia da lur avertura cun vias e cun raits electricas vegnan ils parcs eroelectrics planisads sapientivamain en vischinanza dal territori d'abitadi. Ed han perquai consequenzas negativas per il spazi da viver da la populaziun grischuna.

Las regiuns fitg turisticas èn periclitadas massivamain. Las consequenzas economicas negativas per quest sector economic fitg impurtant dal Grischun na pon gnanc vegnir supponidas. En l'avegnir na sa preschentass il Grischun betg cun cuntradas alpinas libras, mabain sco territori sfigurà.

Cun la procedura dal plan directiv vegnan sutminads ils dretgs da cundecisiun da las vischnancas sco er da las burgaisas e dals burgais. Perquai che tals implants eroelectrics gigantics chaschunan privels e disturbis per tut las persunas che vivan en la vischinanza (p.ex. fiou, crudadas da glatsch, infrason, sumbriva, polluziun tras glisch, traffic), duai vegnir introducida svelt ina distanza minimala pli gronda. Ordaifer il chantun Grischun datti gia tschertas regulaziuns da distanza per la protecziun da las persunas che vivan en la vischinanza d'implants eroelectrics. En Germania vala per exempel ina distanza minimala generala da 1000 m, en il chantun Basilea-Champagna prevesa il Plan directiv ina distanza minimala da 700 m ed en la vischnanca da Hagenbuch ZH ha la radunanza communal gist concludì ina distanza minimala da 1000 m. Il Tribunal federal ha confermà la legitimitad da talas prescripziuns (1C_149/2021, sentenza dals 25 d'avust 2022).

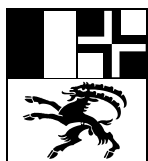
Per la protecziun da la natira datti gia prescripziuns severas (utschels-mezmieu, utschels, bostgs, animals selvadis e.u.v.). La protecziun dals umans gioga dentant apparentamain strusch ina rolla tar la planisaziun d'implants eroelectrics. L'Ordinaziun davart la protecziun cunter canera datescha da l'onn 1986 e las normas per il giudicament d'implants eroelectrics sa refereschan a turbinas da vent d'ina autezza maximala da 30 m. Oz vegnan dentant construidas en Svizra turbinas da vent d'ina autezza da 150 m, en Germania schizunt da 250 m. Perquai èsi pli che inditgà d'introducì regulaziuns da distanza modernas er en il chantun Grischun.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan la Regenza:

Per planisar e per construir implants eroelectrics (autezza dal mosel da 30 m e dapli) sto vegnir observada ina distanza minimala da 1000 m davent d'ina immobiglia che vegn duvrada temporarmain u permanentamain.

Claustra, ils 15 da zercladur 2023

Grass, Hug, Gort, Adank, Bärtsch, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Dürler, Favre Accola, Hefti, Koch, Krättli, Lehner, Metzger, Morf, Rauch, Roffler, Salis, Sgier, Stocker



Sesida dals

22 d'avust 2023

Communitgà ils

29 d'avust 2023

Protocol nr.

678/2023

Incumbensa da la fracziun da la PPS

concernent ina distanza minimala da rodas da vent (emprim sutsegnader Grass)

Resposta da la Regenza

Tenor il dretg federal vertent è la procedura dal plan directiv ina part integrala da la planisaziun. Ella na sutminescha nagins dretgs da las burgaisas e dals burgais. En quest emprim pass da la planisaziun na vegnan anc betg fixadas utilisaziuns generalmain liantas. Quai vegn fatg pir sin il stgalim da la planisaziun d'utilisaziun. Sin quest stgalim existan dretgs da cundecisiun ed ina protecziun giuridica cumplessiva. Sche utilisaziuns potenzialas futuras mancan en il plan directiv, na pon ellas betg vegnir prevas en il plan d'utilisaziun. En il Plan directiv Energia vegnan designads mo lieus «adattads» per energia da vent. Pir la vischnanca e la finala las votantas ed ils votants fixeschan en las basas da la planisaziun locala, sch'i duain vegnir permiss implants, quai er cun resguardar distanzas. Per ils implants dovri ultra da quai er anc ina permissiun da construcziun.

Sin plaun federal è er vegnidas inoltradas moziuns concernent distanzas minimalas. Ina moziun da l'onn 2017 (curia vista 17.3473) è vegnida refusada, ina da l'onn 2022 (curia vista 22.4491) n'è anc betg vegnida tractada (il Cussegl federal propoia da la refusar). La Regenza ha chapientscha per ils interess da las sutsegnadras e dals sutsegnaders da proteger la populaziun cunter las consequenzas nuschaivlas effectivas u supponidas dals implants d'energia da vent. Da l'autra vart sa chattan ils interess nazionals relevants d'ina producziun d'electricitad betg fossila, en spezial durant l'enviern. Per proteger ils differents interess datti gia oz fitg bleras regulaziuns che ston vegnir observadas e che procuran, che las distanzas d'implants d'energia da vent vegnan determinadas correctamain sin basa da las particularitads localas e dals interess che ston vegnir resguardads en il cas singul.

A las vischnancas statti da princip liber da prevair prescripziuns situativas davart distanzas minimalas en lur planisaziuns localas. Cun sia decisiun 1C_149/2021 dals 25 d'avust 2022 ha il Tribunal federal giuditgà la chaussa. El è vegnì a la conclusiun, che l'approvaziun (chantunala) d'in reglament communal da construcziun cun distanzas minimalas da 500 meters (en cas d'implants cun in'autezza dal mosel da pli che 50 m) per la protecziun da la populaziun, na possia betg vegnir refusada. I saja per-

mess da refusar l'approvaziun chantunala mo, sch'il reglament communal na porchia (en vista al dretg surordinà) apparentamain nagina pussaivladad d'applicaziun e saja perquai da bel principi senza effect. Quai na saja qua betg il cas, perquai ch'i saja pussaivel, che questa regla vegnia applitgada en il rom d'ina planisaziun concreta. L'applicaziun da questa norma da distanza (per la protecziun da la populaziun) na dastgia betg vegnir esclusa a priori; la norma stoppia vegnir resguardada concretamain en il rom da la consideraziun cumplessiva dals interess. Quai signifitga la finala, ch'i fiss bain pussaivel da fixar distanzas minimalas communalas (generalas), ma che talas na valessan betg en mintga cas ed absolutamain, mabain ch'ellas stuessan la finala (er) vegnir resguardadas en il cas singul en il rom da la consideraziun dals interess generals. En in cas correspundessan ellas al dretg federal, en l'auter betg. Pli grondas che las prescripziuns da distanza e pli impurtants ch'ils auters interess fissan, e main applitgables ch'ellas fissan, e viceversa.

Distanzas minimalas chantunalas fissan percenter giuridicamain (anc) pli problematicas ed ultra da quai ni cunvegnentas ni adequatas. Responsablas per la planisaziun èn las vischnancas. Perquai ch'igl è decisiv da giuditgar ils interess er concernent las distanzas, en spezial en il rom da la planisaziun d'utilisaziun, ma betg sin il stgalim dal chantun cun determinar ina norma fixa, fissi eventualmain pussaivel da realisar resp. d'applitgar ina prescripziun da distanza chantunala mo cun giuditgar il cas singul. En il rom da l'approvaziun da planisaziuns localas pudess questa prescripziun da distanza vegnir applitgada mo, sche la consideraziun dals interess conform al dretg mussass, che questas distanzas minimalas stuessan vegnir observadas. Ultra da quai n'èsi betg segir, ch'ina norma fixa chantunala che vala absolutamain, correspundess al dretg federal, perquai che tala stuess vegnir giuditgada tenor auters princips che l'approvablada (chantunala) d'ina norma communal en la planisaziun dal territori, conform a la sentenza dal Tribunal federal menziunada qua survant.

Pia ston regulaziuns pli detagliadas che cumpletteschan il dretg federal vertent e ch'èn giavischadas, vegnir integradas correctamain en las basas communalas da la planisaziun locala, cun las reservas valaivlas menziunadas. Regulaziuns sin il stgalim chantunal na fissan ni adequatas ni cunvegnentas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa da fracziun.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di giugno 2023

Incarico di frazione UDC concernente la distanza minima di pale eoliche (primo firmatario Grass)

Il Piano direttore cantonale «Energia», in merito al quale è ancora in corso la consultazione, prevede l'installazione di 25 parchi eolici in zone eoliche nel Cantone dei Grigioni. Solo l'Engadina Alta viene risparmiata dai parchi eolici.

A seguito della necessità di essere collegati a strade e reti elettriche, i parchi eolici sono previsti volutamente vicino all'insediamento e hanno perciò ripercussioni negative sullo spazio vitale della popolazione grigionese.

Le regioni sfruttate intensamente a scopo turistico vengono compromesse in misura molto elevata. Le ripercussioni economiche negative per questo ramo estremamente importante per il Cantone non possono nemmeno essere immaginate. In futuro, il territorio grigionese non si presenterebbe più con paesaggi alpini liberi, bensì come zona deturpata.

Con la procedura per il piano direttore vengono minati i diritti di codecisione dei comuni, delle cittadine e dei cittadini. Siccome impianti eolici giganteschi di questo tipo causano pericoli e pregiudizi per tutti gli abitanti nei dintorni (ad es. incendio, lancio di ghiaccio, infrasuono, ombra, inquinamento luminoso, traffico), deve essere introdotta rapidamente una distanza minima ampliata. Fuori dal Cantone dei Grigioni, quale protezione degli abitanti sono già in vigore determinate regolamentazioni delle distanze. In Germania vige ad esempio una distanza minima generale di 1000 m, nel Cantone di Basilea Campagna nel piano direttore è prevista una distanza minima di 700 m e l'assemblea comunale di Hagenbuch ZH ha appena deciso una distanza minima di 1000 m. Il Tribunale federale ha confermato la legalità di tali prescrizioni (1C_149/2021, sentenza del 25 agosto 2022).

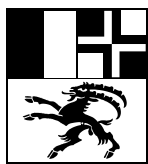
Per la protezione della natura vi sono già prescrizioni severe (pipistrelli, uccelli, alberi, selvaggina, ecc.), tuttavia la protezione delle persone non riveste evidentemente nessun ruolo nella pianificazione di impianti eolici. L'ordinanza contro l'inquinamento fonico risale al 1986 e le norme per la valutazione di impianti eolici si riferiscono a turbine eoliche alte al massimo 30 m. Oggi in Svizzera vengono però costruite turbine eoliche alte 150 m e in Germania si arriva già a 250 m. L'introduzione di moderne regolamentazioni della distanza anche da parte del Cantone dei Grigioni è quindi più che opportuna.

Le firmatarie e i firmatari invitano il Governo a:

rispettare una distanza minima di 1000 m da un immobile sfruttato in modo temporaneo o permanente al momento della pianificazione e della costruzione di impianti eolici (altezza del mozzo superiore a 30 m).

Klosters, 15 giugno 2023

Grass, Hug, Gort, Adank, Bärtsch, Brandenburger, Butzerin, Candrian, Casutt, Cortesi, Della Cà, Dürler, Favre Accola, Hefti, Koch, Krättli, Lehner, Metzger, Morf, Rauch, Roffler, Salis, Sgier, Stocker



Seduta del

Comunicato il

Protocollo n.

22 agosto 2023

29 agosto 2023

678/2023

Incarico di frazione UDC

concernente la distanza minima di pale eoliche (primo firmatario Grass)

Risposta del Governo

La procedura per il piano direttore è parte integrante della pianificazione secondo il diritto federale vigente. I diritti dei cittadini non vengono minati con questa procedura. In questa prima tappa di pianificazione non vengono ancora stabilite utilizzazioni generalmente vincolanti. Ciò avviene solo a livello di pianificazione dell'utilizzazione. In questo ambito vi sono diritti di partecipazione e una protezione giuridica completa. Se nel piano direttore mancano potenziali utilizzazioni future, non possono essere previste nel piano delle utilizzazioni. Nel Piano direttore «Energia» vengono definite solo ubicazioni "idonee" per l'energia eolica. Dapprima i comuni e infine gli aventi diritto di voto stabiliscono nelle basi in materia di pianificazione locale, anche in considerazione di distanze, se un impianto può essere realizzato. Inoltre per gli impianti è necessaria anche una licenza edilizia.

A livello federale sono state inoltrate anche mozioni in merito a distanze minime. Una del 2017 (curia vista 17.3473) è stata respinta, una del 2022 (curia vista 22.4491) non è ancora stata trattata (il Consiglio federale chiede di respingerla). Da un lato, il Governo ha comprensione per le richieste delle firmatarie e dei firmatari a favore della protezione della popolazione contro gli effetti nocivi reali o presunti di impianti eolici. Dall'altro lato vi sono gli interessi nazionali rilevanti nei confronti di una produzione di corrente elettrica da fonti non fossili, in particolare nel semestre invernale. Per proteggere i diversi interessi, oggi esiste già un'elevata densità normativa che deve essere rispettata e che fa in modo che le distanze degli impianti eolici vengano stabilite correttamente nel singolo caso in virtù delle caratteristiche locali e degli interessi da considerare.

In linea di principio i comuni sono liberi di prevedere nelle loro pianificazioni locali disposizioni in materia di distanze minime adeguate alla situazione. Da parte del Tribunale federale, una valutazione è avvenuta con la decisione 1C_149/2021 del 25 agosto 2022. Esso è giunto alla conclusione che l'autorizzazione (cantonale) di un ordinamento edilizio comunale con distanze minime di 500 metri (per impianti con un'altezza del mozzo superiore a 50 metri) non potrebbe essere negata ai fini della protezione della popolazione. Un rifiuto potrebbe avvenire solo se (in considerazione del

diritto sovraordinato) l'autorizzazione non ha alcuna possibilità di applicazione e quindi sarebbe destinata fin dall'inizio a rimanere lettera morta. Ciò non sarebbe il caso nella presente situazione, siccome potrebbe essere possibile che questa regola possa trovare applicazione nel quadro di una pianificazione concreta. L'applicazione di questa norma sulla distanza (a protezione della popolazione) non andrebbe esclusa a priori. La norma andrebbe considerata concretamente nel quadro della ponderazione degli interessi completa. Ciò significa in fin dei conti che le distanze comunali (generali) sono sì possibili, tuttavia non sarebbero valide in ogni caso e in modo assoluto bensì verrebbero in ultima analisi esaminate nel singolo caso nel quadro della ponderazione globale degli interessi. In un caso sarebbero conformi al diritto federale, nell'altro non lo sarebbero. Più le prescrizioni sulle distanze sono severe e più rilevanti sono gli interessi, meno applicabili sarebbero le prescrizioni e viceversa.

Le distanze minime cantonali sarebbero per contro (ancora) più problematiche dal punto di vista giuridico e inoltre né efficaci né opportune. Gli enti di pianificazione sono i comuni. In considerazione del fatto che la ponderazione degli interessi è determinante anche per quanto concerne le distanze e va svolta in particolare nel quadro della pianificazione dell'utilizzazione, ma non può avvenire a livello cantonale nel quadro di una norma rigida, l'imposizione rispettivamente l'applicabilità di una direttiva cantonale sulle distanze sarebbe data al massimo solo in casi singoli. La direttiva potrebbe quindi essere applicata nel quadro dell'approvazione di pianificazioni locali solo se dalla ponderazione degli interessi conforme al diritto risulta che queste distanze andrebbero rispettate come minimo. Inoltre la conformità al diritto federale di una norma cantonale rigida e valida in modo assoluto sarebbe discutibile, siccome, conformemente alla sentenza del Tribunale federale citata, la conformità al diritto federale viene valutata secondo altri principi rispetto alla possibilità di approvazione (cantonale) di una norma comunale nella pianificazione del territorio.

Di conseguenza le ulteriori regolamentazioni in aggiunta al diritto federale in vigore, se auspiccate, devono giustamente essere incluse nelle basi della pianificazione locale comunale, rispettando le riserve citate. Regolamentazioni a livello cantonale non sarebbero né opportune, né efficaci.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico di frazione in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin